



Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall

Festvortrag

**„'Es lebe die soziale Republik' -
Die Revolution 1918 als Geburtsstunde der deutschen Demokratie“**

Frankfurter Verein für Arbeitergeschichte
6. November 2008

Inhalt

- 1. Demokratie – Bürgertum - Arbeiterbewegung**
- 2. Novemberrevolution 1918/19: Arbeiterbewegung als Geburtshelferin der Demokratie**
- 3. Zwischen alter Ordnung und revolutionärem Bruch**
- 4. Erfolge und Niederlage**
- 5. Historische Erfahrungen**
- 6. Auf dem Weg in einen postdemokratischen Kapitalismus**
- 7. Konturen einer (neo)demokratischen Agenda**
- 8. Ausblick**

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Demokratie – Bürgertum - Arbeiterbewegung

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich zitiere:

„Ja, die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird.

Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen.

Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten.

Wir (...) befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.“

(MEW 1, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

Diese Zeilen stammen aus dem Jahr 1843, aus der so genannten „Vor-März-Zeit“ und der Verfasser heißt Karl Marx.

Mit der ihm eigenen philosophisch-spöttischen Sprachgewalt bringt er eine Besonderheit der deutschen Geschichte - besser gesagt: des deutschen Bürgertums - auf den Punkt.

Denn in der Tat: Anders als in England oder gar in Frankreich hat das deutsche Bürgertum keine große bürgerliche Revolution zustande gebracht. Es gab keine „Glorius Revolution“ und keinen Sturm auf die Bastille, mit dem sich die deutsche Bourgeoisie neben der ökonomischen auch die politische Macht angeeignet hätte.

Stattdessen stehen die Restauration der Metternichära, die Bismarcksche Reichsgründung als „Revolution von oben“, zwei Weltkriege und die Barbarei des Faschismus im Geschichtsbuch des deutschen Bürgertums.

Dieser Ausfall des Bürgertums als einem demokratisch-revolutionären Subjekt hat tiefe Spuren in der deutschen Geschichte hinterlassen.

Er machte Deutschland in Sachen parlamentarisch-bürgerlicher Demokratie zu einem historischen Spätzünder.

Er ließ gegenüber den anderen „modernen Völkern“ einen eklatanten Freiheitsrückstand entstehen und – und das ist im Rahmen unseres heutigen Themas von besonderer Bedeutung – er schob der Arbeiterbewegung die historische Aufgabe einer „nachholenden Revolution“ zu.

Die Arbeiterbewegung erhielt die Aufgabe, die politischen Formen von Feudalismus und Monarchie zu sprengen und bürgerliche Freiheits- und Beteiligungsrechte zu erkämpfen.

Und so kam es denn auch: Denn der hier konstatierte demokratiepolitische Ausfall gilt für das deutsche Bürgertum, nicht aber für die Arbeiterbewegung. Es waren vor allem die revolutionären Arbeiter und Soldaten und ihre Organisationen, die gegen Ende des ersten Weltkriegs gegen die in sich morsche Monarchie und für eine umfassende Demokratisierung kämpften.

Und damit sind wir mitten in der Periode, die in die deutschen Geschichtsbücher als die Novemberrevolution 1918/19 und als Geburtsstunde der deutschen Demokratie eingegangen ist.

Man mag gesellschaftliche Reichweite und historische Nachhaltigkeit der Veränderungen dieser Periode kontrovers einschätzen. Doch eines scheint unbestreitbar:

Die politische Demokratie – und die soziale zumal – hatte im deutschen Bürgertum oftmals keinen besonders verlässlichen Freund und Helfer.

Sie bedurfte stets der organisierten Arbeiterbewegung – ob als Geburtshelferin oder Verteidigerin.

Und war die Arbeitbewegung nicht in der Lage, die Rolle eines demokratiepolitischen Stabilisators wahrzunehmen, stand es schnell schlecht um die Demokratie, war oftmals Gefahr in Verzug.

Es ist nicht zuletzt diese demokratiepolitische Ausfallbürgschaft der Arbeiterbewegung, die die Geschichte Deutschlands seit mehr als einem Jahrhundert geprägt hat.

Das ist meine Sicht der Dinge, die ich im Folgenden erläutern und begründen will, und die uns als Gewerkschaften zugleich Hinweise auf die demokratiepolitischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft gibt.

2. Novemberrevolution 1918/19: Arbeiterbewegung als Geburtshelferin der Demokratie

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer waren also die Kräfte, die im Herbst 1918 zum Träger der revolutionären Bewegung wurden.

Was wollten sie und was haben sie letztlich bewirkt?

Im Aufruf zum Generalstreik am 9. November in Frankfurt heißt es (Zitat):

„Der große Wellenschlag der Völkerbefreiung hat Frankfurt erfasst. (...)“

Die deutsche Arbeiterschaft, vereint mit den Soldaten, Matrosen und Bauern, hat die Aufgabe übernommen, das Volk aus der Katastrophe zu retten.

In der Nacht vom 8. auf den 9. November haben die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten Frankfurts mit den Vertrauensleuten der Betriebe und den Soldaten die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates beschlossen.

Arbeiter- und Soldatenräte haben die Macht ergriffen.“

Und weiter: „Durch die Kraft und Entschlossenheit der Proletarier und Soldaten wird aus dem Blutmeer dieser Schreckensjahre eine neue Welt entstehen. Es lebe die soziale Republik!“

Auch wenn uns diese Sprache heute etwas wuchtig klingt – es war in der Tat die deutsche Arbeiterschaft, die sich aufmachte, „das Volk aus der Katastrophe“ zu retten:

- aus der Katastrophe eines blutigen und weltumspannenden Krieges;
- aus der Katastrophe von Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut;
- und aus der Katastrophe politischer Unmündigkeit, obrigkeitsstaatlicher Bevormundung und preußischem Kadavergehorsam.

Dem Aufruf folgten die Arbeitermassen – unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz.

- Alles das – dies sei am Rande erwähnt - ist nachzulesen im Artikel von Franz Neuland aus dem aktuellen Mitteilungsblatt des Vereins für Frankfurter Arbeitergeschichte. -

Fragt man nach den Zielen der Revolutionäre, so fällt die Antwort nicht leicht.

Revolutionäre Zeiten sind wirre Zeiten.

Im politischen Treibhausklima einer Revolution blühen neue Gruppierungen und politische Koalitionen auf, entstehen tagesaktuelle Forderungen, um am nächsten Tag bereits durch andere ersetzt zu werden.

Zweifelsohne gilt das auch für die Novemberrevolution in Deutschland.

Und dennoch lässt sich hinter den unzähligen Resolutionen, den hitzigen Debatten und den Unsicherheiten über die weitere Entwicklung ein konturiertes Bild erkennen.

Auf der politischen Agenda der Arbeiter- und Soldatenräte standen die Losungen:

- Schluss mit Krieg und Monarchie;
- Schluss mit dem alten Verwaltungsapparat;
- und Schluss mit der alten Armee.

Darüber hinaus wollte die große Mehrheit eine grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

In welcher Form sich der Übergang vollziehen sollte, war aber unklar.

Zugleich fehlte es lange an klaren Vorstellungen über die anzustrebende, politische Verfassung des Reiches.

So sahen viele der in den Räten organisierten Arbeiter keinen Gegensatz zwischen dem Rätegedanken und der Einberufung einer Nationalversammlung.

Man fühlte sich als Inhaber der Macht.

Und man war mehrheitlich der Überzeugung, dass unter Beibehaltung der starken Stellung der Räte

- eine Nationalversammlung gewählt,
- eine Verfassung ausgearbeitet
- und ein parlamentarisches Parteiensystem aufgebaut werden sollte.

3. Zwischen alter Ordnung und revolutionärem Bruch

Wie verhielt sich in dieser Phase die organisierte Arbeiterbewegung, etwa die Mehrheitssozialdemokratie, die MSPD?

Sie - ich zitiere - „stemmt sich (...) mit allen Mitteln, solange sie konnte, gegen die Revolution“ und stieg erst in den Revolutionärenprozess ein, als die Revolution bereits die ersten Erfolge errungen hatte.

So hat es Wolfgang Abendroth formuliert, der mit seinen Studien viel zu unserem historischen Verständnis der deutschen und der europäischen Arbeiterbewegung beigetragen hat.

Exemplarisch für das Verhalten der MSPD sind die Ereignisse in München:

Hier organisiert die USPD unter Kurt Eisner am 7. November eine Massenkundgebung mit dem Ziel, die Monarchie zu stürzen.

Gleichzeitig macht die MSPD eine Parallelkundgebung, um es nicht zum Sturz der Monarchie kommen zu lassen, sondern die Arbeiter auf Reformen zu orientieren.

Die Arbeitermassen kommen zu beiden Kundgebungen und marschieren dann gemeinsam durch die Stadt und stürzen König und Regierung.

Oder nehmen wir Berlin: Auch hier spricht sich die Spitze, alle voran Friedrich Ebert, zunächst für die konstitutionelle Monarchie aus und orientiert auf legale Verbesserungen der Lage der arbeitenden Bevölkerung.

Wie wir aus den Erinnerungen Scheidemanns wissen, wollte Ebert am illegalen Akt der Proklamation der Republik nicht mitwirken und machte Scheidemann schwerste Vorwürfe.

Erst als deutlich wird, dass die Monarchie beim besten Willen nicht mehr zu retten ist und erst nachdem Ebert von der Obersten Heeresleitung umgestimmt wird,

entscheidet er sich, in die Übergangsregierung gemeinsam mit der USPD einzutreten.

So entsteht dann die absurde Situation, dass der Chef der revolutionären Übergangsregierung die Revolution eigentlich gar nicht will, sich eng mit den Repräsentanten des alten Regimes abstimmt und alles tut um die Revolution einzudämmen.

Wahrlich keine guten Vorraussetzungen für einen historischen Erfolg.

Und wie stand es in dieser Umbruchphase um die Gewerkschaften und ihre Führungen?

Hier ist eine Äußerung von Fritz Opel instruktiv.

Fritz Opel war einer der engsten Mitarbeiter des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner und hat in den 1950er Jahren eine Untersuchung über die Vorläuferorganisation der IG Metall, den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), vorgelegt.

Dort schreibt er (Zitat):

„Die Revolution (...) schaltet die Gewerkschaften vorübergehend aus und verdrängt sie von der Rampe der geschichtlichen Bühne.“

Die Gewerkschaftsführung betrachtete die Revolution als ein einmaliges politisches Ereignis, das – so Opel – „die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich berührte und die alte Aufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Tagesinteressen der Arbeiter wahrzunehmen, unverändert bestehen ließ“.

Mit anderen Worten: Die Gewerkschaftsführung tat sich sehr schwer, ein politisches Mandat zu reklamieren und setzte darauf, sich trotz revolutionärer Unruhen auf ihr Tages- und Kerngeschäft zu konzentrieren.

Sie fielen damit als organisatorisches und politisches Zentrum der revolutionären Bewegung aus.

Erst später hat sich im DMV eine Mehrheit gegen diese politische Selbstbeschränkung durchgesetzt.

Zu spät, um wirklich Einfluss auf den Gang der weiteren Entwicklung nehmen zu können.

Und ebenfalls spät erkennt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund - der ADGB -, dass er sich nicht nur auf die Lohnpolitik beschränken darf, wenn er die Interessen seiner Mitglieder wirksam vertreten will.

Doch spät bedeutete nicht niemals.

Auch in den Organisationen der Gewerkschaften setzten sich immer wieder Positionen durch, die sich mit der ganzen Kraft der Bewegung reaktionären Entwicklungen entgegen stemmen wollten, und die sich auf die Seite grundlegender Veränderungen stellten.

So reagiert der ADGB beim Kapp-Putsch im Jahr 1920 nicht nur mit dem Aufruf zum Generalstreik zur Verteidigung der jungen Republik gegen rechte Militärs.

Zugleich verlangt er in einem Neun-Punkte-Programm u.a.:

- die Neuregelung der Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung;
- die Demokratisierung der Verwaltung;
- die Sozialisierung des Bergbaus und der Energiewirtschaft
- und die Auflösung aller "konterrevolutionären, militärischen Formationen".

4. Erfolge und Niederlage

Also: Die Novemberrevolution und mit ihr die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik wurde nahezu ausschließlich von der deutschen Arbeiterbewegung getragen.

Die Stimme des Bürgertums war nicht zu vernehmen als es darum ging, dem Morden des Krieges ein Ende zu setzen.

Und kein Bürgertum war in Sicht, als es um die Erringung demokratischer Freiheiten ging.

Ich sage das nicht ohne Stolz auf die demokratische und Traditionen der Arbeiterbewegung.

Stolz auf das Engagement unserer vorgeborenen Generationen, an deren historische Leistungen zu erinnern auch eine Zielsetzung der heutigen Feierstunde sein sollte.

Nun: Die deutsche Revolution

- beendete den mörderischen Krieg,
- brachte den Übergang von der Militärmonarchie in eine bürgerliche Republik
- und in ihrer Folge konnte die soziale Situation der Arbeiterschaft in wichtigen Bereichen verbessert werden: Die Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden, die Einführung des Tarifsystems und der Arbeitslosenunterstützung und anderes mehr wurden erreicht.

Und dennoch: Die Bilanz der Ereignisse ist keineswegs ungetrübt. Mit Blick auf die sozial-ökonomische Struktur und die kapitalistische Eigentums- und Machtordnung scheiterte die Revolution.

Gemessen an den Erwartungen und Zielen der revolutionären Arbeiter und dem Leitbild einer umfassend demokratisierten Wirtschaft als Fundament einer stabilen Demokratie blieb die Revolution auf halbem Weg stecken.

Einer der Gründe war wohl, dass der Revolution ein politisches Zentrum fehlte. „Hätte es ein solches gegeben“ so Wolfgang Abendroth, „dann hätte möglicherweise die Revolution in Deutschland gesiegt und nicht mit einer Niederlage geendet.“

Die MSPD und Gewerkschaften standen lange abseits und wurden durch die revolutionären Ereignisse eher getrieben als dass sie orientierend und lenkend Einfluss genommen hätten.

Teile der Führungen orientierten sich lange auf das Bündnis mit den Stützen des alten Regimes. Beamtenapparat und Offizierskorps blieben ebenso unangetastet wie die Macht der großen Konzerne und Banken.

Alles das mit fatalen Folgen:

Mit dem Ende der Januarkämpfe in Berlin und der Zerschlagung der Münchner Räterepublik waren die Weichen gestellt.

Unter dem Dach der neuen Republik lebten die alten gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse fort.

Dass das kein stabiles Fundament für eine wirklich demokratische Gesellschaft war, zeigt der weitere Gang der Geschichte.

Mit anderen Worten:

Gerade der Mangel an Entschlossenheit gegenüber den Trägern wirtschaftlicher Macht und gegenüber Militär und Justiz waren die Ursachen für die fragile Grundlage der politischen Demokratie nach 1918.

Aber: Auch die entschiedenen Anhänger einer sozialistischen Revolution unterlagen strategischen und politischen Fehlentscheidungen.

So war etwa die USPD alles andere als eine einheitlich und strategisch handelnde Partei.

Da waren die Teile der Partei, die etwa mit Kautsky, Haase und Bernstein den Rat der Volksbeauftragten mit einem langsamen Transformationsprozess beauftragen und die vor allem „aktionistische Abenteuer“ vermeiden wollten.

Auf der anderen Seite waren die Revolutionären Obleute, der aktivistische Flügel, der den Revolutionsprozess stark beförderte und vor allem in den Berliner Metallbetrieben verankert war.

Und die Spartakisten hatten sich durch spontaneistischen Aktionismus und eine Reihe von Fehlentscheidungen selbst isoliert.

So hatte sich der Spartakusbund von vornherein entschieden, bei der Bildung des Rats der Volksbeauftragten nicht mitzuwirken und sich damit jede Einflussmöglichkeit auf das Regierungshandeln genommen.

Und die neu gegründete KPD entscheidet auf ihrem Gründungskongress, - gegen den Willen von Luxemburg und Liebknecht - nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen.

Am Ende der Revolutionsperiode steht nicht nur die Niederlage der sozialistischen Kräfte, sondern auch die organisatorische Spaltung der politischen Arbeiterbewegung.

5. Historische Erfahrungen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Berliner Republik ist nicht Weimar und wir stehen nicht am Vorabend einer Revolution.

Wir kämpfen nicht die Kämpfe der revolutionären Arbeiter von damals - und wir haben auch nicht die alten Kontroversen der tief zerrissenen Arbeiterbewegung auszufechten.

Aber: Es gibt historische Erfahrungen, die mit Blick auf die Gegenwart auf ihre politische Relevanz hin abzuklopfen sind.

Und dabei gilt es meines Erachtens zumindest zwei Erkenntnisse zu sichern:

Erstens:

Bereits in der Endphase der Revolutionsperiode zeigt sich, welche Schäden von einer Spaltung der Organisationen der Arbeiterbewegung und der damit verbundenen Handlungsunfähigkeit in historischen Brennpunktsituationen ausgehen.

Was hier in Ansätzen deutlich wurde, wird im weiteren Verlauf der Geschichte zur bitteren Gewissheit.

Die in politische Richtungsgewerkschaften und feindlich einander gegenüberstehende Parteien gespaltene Arbeiterbewegung ging vor der Entschlossenheit und Raffinesse des aufsteigenden Faschismus in die Knie.

Und so erlebte die Arbeiterbewegung eine Niederlage, die nicht nur unzähligen Menschen das Leben kostete, sondern die auch bis weit in die Nachkriegsgeschichte hinein ganze Generationen von Arbeiterfunktionärinnen und -funktionären zutiefst traumatisierte.

Man lese die biographischen Erzählungen von Persönlichkeiten wie Willi Bleicher, Wolfgang Abendroth und Otto Brenner, um sich einen Eindruck von der Demütigung zu machen, die viele noch Jahrzehnte später mit der Erinnerung an diese Niederlage empfanden.

Seitdem ist das Prinzip der sozialen und politischen Einheitsgewerkschaft nicht nur politisches Erbe, sondern zugleich auch Leitbild für die Zukunft.

Danach ist es Aufgabe der Gewerkschaften, alle Lohnabhängigen ungeachtet des sozialen Status, der konfessionellen Bindung und der parteipolitischen Präferenzen zusammenzuschließen und für ihre Interessen einzutreten.

Eine kluge, eine zukunftsweisende Lehre aus der Geschichte.

Zweitens:

Ein stabiles demokratisches Gemeinwesen lässt sich nicht allein auf einer formalpolitischen Demokratie gründen. Es braucht mehr als Parlamente, Parteien und freie Wahlen, um Demokratie dauerhaft zu sichern.

Es bedarf einer Erweiterung der formalen hin zu einer inhaltlich-sozialen Demokratie durch eine umfassende Demokratisierung aller Sphären der Gesellschaft - insbesondere ihres Zentrums: der Wirtschaft! Andernfalls bleibt das demokratische Politiksystem fragil, ist es permanent von der Gefahr einer „restaurativen Deformation“ bedroht.

Und es braucht eine handlungsfähige - und handlungswillige - Arbeiterbewegung als Stabilisator des gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fundaments der politischen Demokratie.

Den progressiven Akteuren der Novemberrevolution war dieser Zusammenhang nicht immer bewusst, und doch war er - und wenn auch nur in Form einer „instinktiven Erkenntnis“ - vielfach präsent.

Deshalb beließen sie es nicht bei der Forderung nach freien Wahlen und einem Parlament, sondern erweiterten ihre politische Agenda mit dem Ruf:

„Es lebe die soziale Republik“.

6. Auf dem Weg in einen postdemokratischen Kapitalismus

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Frage nach den Entwicklungs- und Überlebensbedingungen der Demokratie erneut auf der Tagesordnung.

In neuer historischer Gestalt, aber nicht minder brisant.

Die gegenwärtige „Krise der Demokratie“ hat mehrere Dimensionen.

Beginnen wir mit der voranschreitenden Beschädigung der politischen Demokratie:

Seit geraumer Zeit macht sich die Politik erneut an den rechtsstaatlichen Konstruktionsprinzipien des deutschen Demokratiemodells zu schaffen.

Der amtierende Bundesinnenminister, Wolfgang Schäuble, scheint dazu entschieden, seinen Amtsvorgänger aus der rot-grünen Koalition, Otto Schily, noch zu übertrumpfen.

Über die so genannten „Sicherheitsgesetze“ will er systematisch die Überwachungs- und Kontrollinstrumente des Staates ausbauen.

Auf Schäubles Agenda stehen Rasterfahndung, Online-Durchsuchungen, Telefonüberwachung und Großer Lauschangriff – und vieles mehr!

Schon diese Liste zeigt, dass die Exekutive unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror zum Angriff auf die Verfassung bläst.

Mit einer Strategie, die darauf zielt, systematisch und immer wieder die Belastbarkeit der Verfassung zu erproben, vollzieht sich eine schleichende Erosion der Grundrechte.

Diese Beschädigung der Demokratie durch eine sich verselbstständigende Exekutive wird durch einen weiteren Prozess ergänzt. Dieser ergibt sich nicht aus einer offenen Infragestellung oder Zerstörung der demokratischen Institutionen. Vielmehr werden die Voraussetzungen demokratischer Verfahren und Entscheidungsfindungen unterhöhlt.

Colin Crouch, der britische Politikwissenschaftler, hat dies mit seiner These von der „Postdemokratie“ auf den Punkt gebracht.

Nach Crouch bezeichnet der Begriff Postdemokratie ein (Zitat) „Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden“, die aber „zu einem reinen Spektakel verkommen, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“.

Und weiter heißt es:

„Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: Von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Zitat Ende)

In der Tat: Was soll der Wahlbürger von einer Politik halten, die im Angesicht von wirtschaftlicher Macht und internationaler Konkurrenz die Courage zu demokratischem Handeln verliert.

Und die sich auf Gedeih und Verderb den vermeintlichen Sachzwängen eines globalisierten Wettbewerbzwangs unterwirft?

Welche Zumutung wird den Bürgerinnen und Bürgern von einer Politik abverlangt, die historisch erkämpfte soziale Rechte und Sicherheiten binnen weniger Jahre und gegen den erklärten Mehrheitswillen der Bevölkerung abräumt? Stichworte wie Agenda 2010, Harz IV und Riesterrente mögen hier genügen.

Wer regiert eigentlich die Republik? Durch Wahlen mit Legitimation ausgestattete Politiker - oder durch Kapital mit Macht ausgestattete Manager? Geht die Macht vom Volke aus oder von den Kapitalmärkten?

Nicht nur angesichts des Finanz-Crashes und der Sozialisierung der Folgekosten empfinden immer mehr Menschen frustrierende Ohnmacht gegenüber einem Spiel, das ihnen systematisch ein schlechtes Blatt und die Verliererpunkte zuteilt.

Kein Wunder, dass unter diesen Bedingungen und verstärkt durch eine wachsende soziale Verunsicherung das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien und die Fairness der Politik schwindet. Der Schaden für die Demokratie ist gegenwärtig noch gar nicht abzusehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Beschreibung trifft nicht nur auf die Entwicklung innerhalb der Nationalstaaten, sondern auch auf die Welt der europäischen Institutionen und Politiken zu.

Das Institutionensystem der EU ist systematisch darauf ausgelegt, einen demokratischen Entscheidungsprozess und eine ausreichende politische Beteiligung der Bevölkerung zu verhindern.

Und zugleich blockiert es durch institutionelle Spielregeln systematisch die Herausbildung der sozialen Dimension Europas und marktkorrigierender Regulierungen.

Damit wird nicht nur der Politikverdrossenheit und dem Desinteresse der Bevölkerung an Europa Vorschub geleistet.

Zugleich wird die Herausbildung einer kritischen europäischen Öffentlichkeit blockiert.

Damit fehlt der Raum für demokratische Kontroversen und eine unverzichtbare Instanz zur öffentlichen Kontrolle der politischen Bürokratie.

Doch damit nicht genug: Seit geraumer Zeit befördern Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof eine Radikalisierung des europäischen Binnenmarkt-Projektes.

Die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit und die freie Mobilität von Kapital und Waren werden in Politik und Rechtssprechung den demokratischen und wohlfahrtstaatlichen Rechten der Menschen übergeordnet.

So hat der Europäische Gerichtshof in jüngster Zeit eine Reihe von Urteilen gefällt, die faktisch ein ungehindertes Recht auf kapitalistische Betätigung postulieren und den Binnenmarkt gegen Streikfreiheit und Tarifautonomie in Stellung bringen.

Langsam aber stetig werden unter der Flagge der Marktintegration die Stützpfeiler der nationalen Sozialmodelle und der parlamentarischen Demokratie untergraben.

7. Konturen einer (neo)demokratischen Agenda

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sollte ich mit meinen historischen Betrachtungen und dieser
Gegenwartsdiagnose richtig liegen, ergibt sich daraus eine unabweisbare
Konsequenz:

Die Beschädigung der sozialen und politischen Demokratie zwingen zur
Gegenwehr.

Einer Gegenwehr, die nicht zuletzt von den Organisationen der
Arbeiterbewegung und vor allem: den Gewerkschaften zu tragen ist.

Was also tun? Aus meiner Sicht muss eine solche Politik mit der
Verteidigung der individuellen Grundrechte und des Rechtsstaates beginnen.

Den systematisch in Gang gesetzten Übergriffen des Staates auf Bürger-
und Grundrechte muss Einhalt geboten werden. Daran sollten wir keinen
Zweifel lassen.

Die Losungen müssen lauten:

- Nein zum Überwachungsstaat.
- Nein zur Online-Durchsuchung
- und nein zum großen Lauschangriff!

Gleichwohl dürfte dies nicht ausreichen.

Politikverdrossenheit und zunehmendes Misstrauen gegenüber Parteien und
Parlamenten verlangen nach einer grundlegenden Erneuerung der
politischen Kultur.

Unverzichtbar ist eine gesellschaftliche Debatte über eine Demokratisierung des Parlamentarismus.

Und: wie die Parteien ihrem Auftrag wieder stärker gerecht werden, die aktive Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben zu fördern.

Ergänzung und Ausbau von Elementen der direkten Demokratie im deutschen Parlamentarismus wären wichtige Elemente der Steigerung von Effizienz und Legitimität des Parteiensystems.

Referenden und andere Formen der direkten Partizipation müssten so ausgestaltet werden, dass sie als direkte und effektive Einflusskanäle der Bürger auf staatliche und parteipolitische Entscheidungen wirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht minder bedeutsam ist die Arbeit an einem neuen wohlfahrtsstaatlichen Fundament der politischen Demokratie.

Diese Arbeit wäre mit Anstrengungen zu verbinden, den Europäischen Integrationsprozess auf einen neuen, sozialeren Entwicklungspfad zu schieben.

Wir brauchen eine Debatte über eine grundlegende Erneuerung des europäischen Sozialmodells, die einerseits darauf zielt die Dominanz von Deregulierung und Marktintegration zu brechen;

und andererseits die Zustimmung zu einer sozial-regulativen, markt-korrigierenden Politik auf allen Ebenen des europäischen Mehrebenen-Systems organisiert.

Dabei ist – angesichts der aktuellen Finanzkrise - eine Re-Regulierung der globalen Handels- und Finanzmärkte von oberster Priorität.

Dazu gehören etwa:

- die Besteuerung von Spekulationsgewinnen,
- die Definition zulässiger Schwankungskorridore zwischen den großen Währungsräumen
- und die Verschärfung von Überwachung und Kontrolle über Banken, andere Finanzmarktakteure und deren Finanzprodukte.

Zugleich geht es darum, falsche Anreize für die Verlagerung von Arbeit und Standorten abzubauen.

Eine verbindliche Koordinierung der europäischen Steuerpolitik oder einheitliche Sozialstandards können hier einen Beitrag leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein weiteres Kernprojekt einer solidarischen Erneuerung des Europäischen Sozialmodells ist der Ausbau des sozialen Schutzes.

Mehr Verteilungs- und Bedarfsgerechtigkeit lautet hier das Gebot der Stunde

Ein bedeutender Meilenstein auf diesem Weg besteht in Deutschland in der Ausweitung von Versicherungspflicht und Versicherungsschutz auf alle Erwerbstätigen.

Mit der Bürgerversicherung haben die Gewerkschaften für Gesundheitssystem und Alterssicherung dazu praktikable Modelle vorgelegt.

Mehr Bedarfsgerechtigkeit, aber auch mehr Finanzstabilität könnten so realisiert werden.

8. Ausblick

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Viel gäbe es noch zu sagen über mögliche und notwendige Wege einer solidarischen Erneuerung des europäischen Sozialmodells und des deutschen Sozialstaates.

Über die Demokratisierung Europas, die Europäisierung der Gewerkschaften und nicht zuletzt über die solidarische Gegenwehr gegen nationalistische Standortkämpfe.

Und Dringliches gibt es auch zu sagen über den aktuellen Tarifikampf, in dem sich die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall befinden.

Denn nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart kommt an materieller Wohlfahrt und sozialen Rechten bei den abhängig Beschäftigten nur an, was zuvor in oftmals harten Auseinandersetzungen erkämpft wurde.

Das ist auch in der diesjährigen Tarifrunde der Fall. Sie findet in einer ganz spezifischen, historischen Situation statt.

Wie durch eine gezielte Sprengladung ist das Gebäude des globalen Finanzsystems in sich zusammen gebrochen.

Und die Trümmer drohen erneut auf die Millionen zu fallen, die wenig vom Finanzboom der letzten Jahre profitiert haben, die nun aber offensichtlich für die Kosten einstehen sollen.

Kein Zweifel: Auch in der gegenwärtigen Tarifrunde der Metallindustrie geht es um die Frage, wer die Rechnung für die Party begleichen soll, die sich Banker und Fondsmanager seit vielen Jahren gegönnt haben.

Ich bin optimistisch: Mit Stand heute Mittag haben sich in den letzten Tagen fast 400.000 Kolleginnen und Kollegen an bundesweiten Warnstreiks beteiligt und politischen Druck für ihre berechnigte Forderung nach 8 % mehr Einkommen gemacht.

Die nächste Woche wird die Weichen stellen.

Es ist gut möglich, dass ab dem 17. November in der Metall- und Elektroindustrie der Streik beginnt!

Und sollte dies der Fall sein, möchte ich auch die hier Anwesenden zur Solidarität mit den kämpfenden Metallerinnen und Metaller ermuntern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit unserer diesjährigen Tarifrunde sind wir als IG Metall in eine historische Situation hineingeraten, in der es um mehr als „nur“ Lohnprozente geht.

Das Risiko, dass die öffentliche Meinung gegen uns kippt ist ebenso groß wie die Gefahr, dass es den Arbeitgebern gelingt, mit ihrer überschießenden Krisenrhetorik die Beschäftigten in den Betrieben einzuschüchtern.

Aber wie hat Friedrich Hölderlin so schön gesagt: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Die IG Metall besitzt in dieser historischen Konstellation die Chance, Frustration, Wut und Entschlossenheit zur Gegenwehr der Beschäftigten durch eine gradlinige und auch konfliktbereite Strategie zum Ausdruck zu bringen.

Und damit wächst ihr die Gelegenheit zu, sich als unverzichtbare Kraft des politischen Widerstands und der Beförderung sozialen Fortschritts zu profilieren.

Und hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, schließt sich der historische Kreis.

Denn Widerstand gegen Reaktion und Restauration und Politik für eine progressive Veränderung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik war eben auch die historische Aufgabe, die sich der Arbeiterbewegung in der deutschen Novemberrevolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellte.

Dass wir heute - am Beginn des 21. Jahrhunderts - erneut vor dieser Aufgabe stehen, lässt die Kontinuität der Eigentums-, Macht- und Privilegienverhältnisse in Deutschland deutlich werden.

Die historische Linie der Arbeiterbewegung führt von den Kämpfen gegen Obrigkeitsstaat und Monarchie über den Widerstand gegen den faschistischen Terror und die Versuche einer grundlegenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg bis hinein in die Verteilungskämpfe des wiedervereinigten Deutschlands, der Berliner Republik.

Dabei hat unsere kursorische Zeitreise deutlich gemacht:

Politische Bürger- und Freiheitsrechte sind gerade in Deutschland Errungenschaften und Traditionsbestände der deutschen Arbeiterbewegung.

Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse und der öffentlichen Debatte gehören ebenso dazu, wie der demokratische Rechtsstaat, der dem Einzelnen Schutz vor bürokratischer und obrigkeitsstaatlicher Willkür bietet.

Sich dieses Erbes bewusst zu werden, bedeutet, es in Gegenwart und Zukunft mit allen Kräften zu verteidigen.

Aber das ist eben nur eine Seite der historischen Medaille. Denn die Geschichte zeigt mit gleicher Dringlichkeit: Bürgerliche Freiheitsrechte und die Gleichheit vor dem Gesetz und an der Wahlurne bedürfen eines ökonomischen und sozialen Fundaments, sollen sie nicht zu Leerformeln verkommen.

Wo individuelle Freiheit und formale Gleichheit in einer privatkapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsordnung eingesperrt bleiben, verlieren sie ihre Substanz.

Und die politische Demokratie bleibt fragil und bedroht, wo es an einer regulierten und demokratisierten Wirtschaft und egalitären gesellschaftlichen Machtverhältnissen fehlt.

Das Wissen um diese Zusammenhänge gehört zum intellektuellen Erbe der Arbeiterbewegung, und es wäre ein Vergehen an ihrer Zukunft, dieses Erbe durch Anpassungen an den Zeitgeist zu verschleudern.

Vielleicht befördert der offensichtliche Zusammenbruch neoliberaler Dogmen und Ideologien ja die Bereitschaft in Gesellschaft und Politik, sich diesem Wissen zu öffnen – und die notwendigen politischen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Und diese Konsequenzen werden letztlich sicherlich jenseits des heutigen globalen Finanzmarkt-Kapitalismus enden müssen.

In diesem Sinne ist von brennender Aktualität, was die revolutionären Arbeiter und Matrosen im Blick hatten, als sie in den Novembertagen vor 100 Jahre ausriefen:

„Es lebe die soziale Republik!“